hoi du

Zeitung der Unabhängigen - für Liechtenstein **www.du4.li Ausgabe 4/18 – Oktober 2018**

FBP und VU: Garanten der Stabilität?

von Harry Quaderer

FBP und VU sehen sich gerne und präsentieren sich noch lieber als staatstragende Parteien und Garanten der Stabilität unseres Staates. Den Eindruck hat man allerdings nicht immer, wenn man den beiden, seit je in einer Koalition verbandelten Parteien zuschaut. Im Oktober-Landtag bewiesen sie wieder einmal das Gegenteil.

Anlass für die folgenden Ausführungen ist die Aussage von VU-Fraktionssprecher und Balzner Vorsteher-Kandidat Günter Vogt, dass er in den Kleinparteien eher eine Gefahr als eine Bereicherung für die liechtensteinische Politik sehe. Grosse Parteien seien Garant für Stabilität, so Vogt. Ihm scheint es egal zu sein, dass seit den letzten Gemeinderatswahlen in Balzers rund 16% der Wählerinnen und Wähler nicht im Gemeinderat vertreten sind. (Bekanntlich bekamen die Kandidaten der Freien Liste und der Unabhängigen kein Gemeinderatsmandat, obwohl sie insgesamt von 16% der Wählerschaft gewählt wurden.) Die politische Stabilität unseres Landes, meinen Vogt und Konsorten, steht auf den zwei Säulen FBP und VU und verkennen dabei, dass alles fester und sicherer steht, was drei (oder mehr) Standbeine hat.

«Mier Grossa stond med bedna Füass ufm Boda»

Radio L und LED

Gleich zu Beginn der Landtagsdebatte stellte FBP-Fraktionssprecher Daniel Oehry den Antrag auf ein Sondertraktandum: Er wollte eine Grundsatzdiskussion über die Zukunft von Radio L. Dass Radio L sich in finanzieller Schieflage befindet, ist bekannt. Radio Liechtenstein, das im Ressort des VU-Regierungsrats (und Vize-Regierungschefs) Daniel Risch angesiedelt ist, soll einen Investitionszuschuss von über 2 Millionen Franken plus zusätzlich noch einen neuen jährlichen Staatsbeitrag von 2.1 Millionen Franken erhalten. Da wollte die FBP-Fraktion die Grundsatzdebatte nicht erst im November führen. Nein, man wollte dem Ressortinhaber Daniel Risch, der die Oberaufsicht über Radio L unter sich hat, schon im Oktober die Rute ins Fenster stellen. Bling, und schon leuchtet die Anzeigetafel: VU-Fraktionssprecher Günter Vogt meldet sich zu Wort. Die VU-Fraktion befürworte das Sondertraktandum der FBP, seine Fraktion stelle nun aber auch einen Antrag auf ein Sondertraktandum, und zwar in Sachen Liechtensteiner Entwicklungsdienst (LED). Der LED untersteht der Oberaufsicht von der FBP-Regierungsrätin und Aussenministerin Aurelia Frick.

Damit stand es schon mal unentschieden zwischen den staatstragenden Garanten der liechtensteinischen Stabilität. Nach wie vor läuft der Match nach altbekanntem Schema ab: Was ihr könnt, können wir auch. Mit ihren Spielchen überdecken FBP und VU die Tatsache, dass sie mit ihren «politischen» Besetzungen bei Radio L, LED und anderen staatlichen Unternehmen massgeblich zu deren Krisen beigetragen haben und – wie‘s aussieht – weiterhin beitragen. Oder etwa nicht?

Datenschutzgesetz und Datenschutzgrundverordnung

Aufgrund der Übernahme der DSGVO der EU in das EWR-Abkommen hatte der Landtag die Totalrevision des Datenschutzgesetzes (DSG) im Juni in erster Lesung behandelt. Dieses Monstergesetzwerk wurde im Oktober in 2. und 3. Lesung behandelt. Auch bei dieser Vorlage schienen sich die VU- und FBP-Garanten für Stabilität in ihrer Uneinigkeit gegenseitig übertreffen zu wollen. Ging es um übereifrige Profilierungssucht einiger Abgeordneten oder ging es ganz einfach darum, der Justizministerin zu zeigen, wo der Bartle den Moscht holt? Ein Monsterkonzert für Juristen und Möchtegern-Juristen des Hohen Hauses. Man fühlte sich in der 2. Lesung in eine Eintretensdebatte versetzt. Es wurden frisch fröhlich Änderungsanträge gestellt, die dann auch noch Mehrheiten fanden. Dem Landtagspräsidenten schien derweil mehr als einmal das Ruder aus der Hand zu gleiten.

Schauen wir uns zwei Anträge genauer an. Gemäss Regierungsvorlage sollte der oder die Leitende Datenschutzbeauftragte ausschliesslich im Aufgabenbereich der Regierung liegen. Die Regierung macht die Kandidatenselektion, sie stellt an, sie kann auch entlassen. Dies als Änderung des bisherigen Prozedere, in welchem die Regierung die Personenselektion macht und der Landtag dann die Nomination vornimmt oder auch nicht. Ein Unding, welches man bereinigen wollte. Entweder Landtag oder Regierung. Dass beide die Finger im Spiel haben im Sinne eines «zweigliederigen» Systems macht überhaupt keinen Sinn. Ein Unding, das schon in der Vergangenheit für Diskussionen sorgte, und man wollte meinen, dass der Landtag dies auch so sah. Falsch! Die Rolle rückwärts wurde gemacht. Auf Antrag eines FBP-Abgeordneten (!), eines Parteigenossen der zuständigen Ministerin, fand dieser Vorschlag eine Mehrheit von 13 Ja-Stimmen. Man darf sich fragen, ob dieses Vorgehen in der FBP-Fraktion zusammen mit der Justizministerin und dem Herrn Regierungschef besprochen wurde?

Blackout im Landtag?

Nach etlichen Stunden des Kampfes mit dem Datenschutzgesetz ging es zur Abänderung einiger Spezialgesetze, darunter natürlich auch das Bankengesetz. Wiederum stellte derselbe FBP-Abgeordnete einen Antrag auf Abänderung einer Gesetzespassage. Dies auf Bitte des Bankenverbandes, wie er selber erklärte. Da müssen sich Regierung und Landtag schon langsam fragen, wer informiert wen und wer steht hinter solchen Änderungsvorschlägen? Die Regierung betonte, dass sie Monate lang mit dem Bankenverband diese Gesetzesvorlage durchgekaut habe, und dieser stehe vollumfänglich hinter der Regierungsvorlage. Dann kommt aus blauem Himmel ein Antrag eines Abgeordneten, der dann auch noch behauptet, dass sein Änderungsantrag mit dem Bankenverband besprochen sei. Müsste man hier nicht von «Nebenrücksichten» reden? Laut Verfassung sollen die Mitglieder des Landtags das Wohl Liechtensteins «ohne Nebenrücksichten nach bestem Wissen und Gewissen fördern», aber nicht Wünsche von Verbänden vorbringen.

Der Änderungsantrag wurde allerdings nicht fristgerecht eingereicht und wurde deshalb vom Landtagspräsidenten nicht zur Abstimmung zugelassen. Obwohl der Landtag, wie der Landtagspräsident süffisant betonte, «alles kann», darf auch er eines nicht: sich über die «selbst gemachten» Gesetze hinwegsetzen! Also kam die Regierungsvorlage zur Abstimmung. Sie wurde mit 13 Stimmen abgelehnt !!! Was für eine Realitätsverweigerung: ein Armutszeugnis für den Landtag.

Wollte der Landtag den grössten Steuerzahlern und Arbeitgebern unseres Landes eins auswischen oder waren sich einige Abgeordnete einfach nicht bewusst, was sie taten? So nach dem Motto: Denen auf der Regierungsbank zeigen wir‘s jetzt mal. Wohl beides könnte zutreffen.

Der Landtag gab sich mit diesem Vorgehen nicht nur der Lächerlichkeit preis, er riskierte auch seine Handlungsfähigkeit und Auflösung, wäre nicht ein Rückkommensantrag (von demselben FBP-Abgeordneten) gestellt worden, der dann eine Mehrheit von «nur» 20 Stimmen fand.

Tun Garanten der Stabilität so etwas? Wer trägt die Verantwortung für das unwürdige Kasperltheater im so genannten Hohen Hause?

Postdebakel

Und wer jetzt immer noch nicht genug hat von den angeblichen Staats-Stabilisatoren FBP und VU, soll sich ganz einfach noch folgendes Schmankerl auf der Zunge zergehen lassen: Die Regierung verzichtet auf eine Klage gegen die ehemalige Post-Führungsequipe, die mit fragwürdigen Auslandsinvestitionen einen zweistelligen Millionenbetrag in den Sand setzte. Die Regierung hütet sich, ein Exempel zu statuieren. Konnte man eigentlich erwarten, waren doch die Regierungsparteien, unsere schwarz-roten Garanten, massgeblich beteiligt an diesem Fiasko.

Der Wirtschaftsminister hat wohl recht, wenn er sagt, dass man mit einer Klage sehr viel gutes Geld dem schlechten hinterher geworfen hätte. Trotzdem hinterlässt dies alles einen sehr faden Beigeschmack. Hätte die Regierung nicht noch andere Möglichkeiten gehabt, gewisse Herren in die Verantwortung zu nehmen? Sofortiger Rücktritt aus öffentlichen Ämtern? Keiner dieser Herren soll jemals wieder ein öffentliches Amt übernehmen?

Wäre es auch nur zu einer «symbolischen» Bestrafung gekommen, hätte man immerhin denken können, jawohl die Regierung scheut nicht davor zurück, auch mal einer Dame oder einem Herrn in ihren

Fortsetzung auf Seite 3

Personalwechsel beim LED:
Sind 100% Fluktuation kein Problem?

von Ado Vogt

Mit meiner kleinen Anfrage im letzten Landtag wollte ich in Erfahrung bringen, ob sich der Abgang von drei langjährigen Projektleitern per Ende 2018 beim LED negativ auf die Finanzen auswirken würde. Hier ist nebenbei anzumerken, dass der LED mit einem jährlichen Beitrag vom 14.69 Mio. Franken zu den grössten Subventionsempfängern Liechtensteins gehört. Aber selbst hier sind die zuständige Ministerin Aurelia Frick und ich nicht gleicher Meinung: sie liess über einen Volksblatt-Artikel am 08. Oktober verlauten, dass das Geld nicht dem LED zugesprochen werde, sondern den Ländern, die von der Entwicklungshilfe profitieren.

Da muss man doch staunen. In sämtlichen offiziellen Dokumenten der Regierung und des Landtags wird ausschliesslich der LED als Empfänger des entsprechenden Beitrags genannt. Er wiederum verteilt das

Fortsetzung auf Seite 4

EDITORIAL

Das vorliegende «hoi du» ist grösstenteils dem Referendum «Tour de Ski vor's Volk!» gewidmet. Wie der Name, den die «Anzettler» des Referendums gewählt haben, aussagt, soll das Volk entscheiden können, ob zum Jahreswechsel 2019/2020 und 2020/2012 je eine Etappe der Langlauftournee «Tour de Ski» im Vaduzer Städtle ausgetragen wird.

«Tour de Ski vor's Volks!» Dieser Aufruf geht eigentlich zu weit, wir können und werden nur darüber abstimmen, ob Liechtenstein für die Durchführung zweier Langlauf-Weltcuprennen CHF 800'000 ausgeben soll.

1743 Landesangehörige haben mit ihrer Unterschrift zum Ausdruck gebracht, dass sie den Finanzbeschluss des Landtags, für die Austragung zweier Langlaufskirennen im Städtle Vaduz CHF 800'000 auszugeben, nicht einverstanden sind bzw. sie wollen zumindest, dass das Volk entscheidet. Niemand, der das Referendum mit seiner Unterschrift unterstützte, hat einfach argumentiert, CHF 800'000 seien zu viel. Der Betrag wurde immer in Relation gesetzt. Fast eine Million für einen Sportanlass, aber keine Erhöhung der AHV – solche Vergleiche werden gezogen.

Für viele Leute ist es auch ganz einfach Unfug, im Steg Kunstschnee zu produzieren, um diesen dann im Vaduzer Städtle zu einer Loipe zu verarbeiten. Wir erlebten einen überdurchschnittlich warmen Sommer. Es war so trocken, dass manche Alpen per Helikopter mit Wasser für die Rindviecher versorgt werden mussten. Im Sommer «lupfen» wir das Wasser per Helikopter ins Berggebiet und im Winter karren wir lastwagenweise künstlichen Schnee ins Tal? Das ist doch verrückt.

Muss man wirklich alles machen, nur weil's möglich ist? Dem Liechtensteinischen Skiverband war offensichtlich sehr bewusst, dass es sehr viele «grüne» Argumente gegen die Durchführung der «Tour de Ski»-Rennen in unserem Land gibt. In seinem Antrag an den Landtag gab sich der LSV denn auch grösste Mühe zu erklären, wie bzw. warum die Durchführung dieser Langlaufrennen in Vaduz ökologisch vertretbar seien. Kurz zusammengefasst: den Kunstschnee aus dem Steg nach Vaduz zu karren sei ökologisch gesehen weniger belastend als tausende von Langläufern und Zuschauern in den Steg fahren zu lassen.

In den letzten Tagen war zu lesen, dass der LSV als Veranstalter eine ökologische Vorreiterrolle einnehmen und die Tour de Ski als erstes «Green Label»-Event in Liechtenstein durchführen wolle. Anstatt Müllberge und Verkehrslawinen zu verursachen, würden sich «Green Events» durch erhöhte Energieeffizienz, Abfallvermeidung und umweltschonende An- und Abreise der Gäste auszeichnen. Dieses Label wolle der LSV auch bei weiteren Veranstaltungen beibehalten.

Wer bis dahin dachte, dass CHF 800'000 vielleicht etwas viel Geld sei für so einen Anlass, aber sonst keinen Grund sah, die Durchführung der Tour de Ski in Liechtenstein abzulehnen, bekam nun einen Grund: Gibt es etwas «Ungrüneres» als im Berggebiet Kunstschnee zu produzieren, um im Tal einen Zirkus zu veranstalten. Und so eine vollkommen «ungrüne» Veranstaltung wollen sie einem auch noch als «green event» verkaufen?

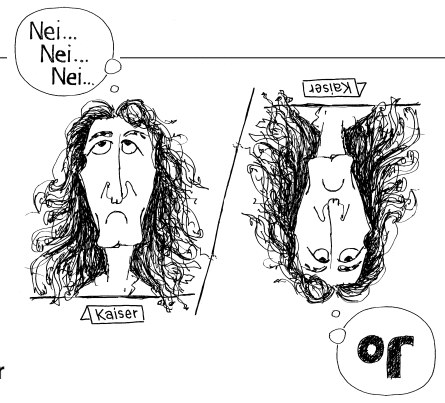
Der Landtag folgte der Argumentation des LSV. Eher knapp, mit 14 Stimmen, bewilligte er den Verpflichtungskredit von CHF 800'000 für die Austragung zweier Langlaufrennen im Städtle. Für viele kam dieser Landtagsentscheid überraschend. Sie hatten erwartet, dass die Abgeordneten so einem Unsinn nicht zustimmen würden.

Die drei Gemeinderäte der Unabhängigen, Ivo Kaufmann (Triesen), Peter Laukas (Eschen) und Jack Quaderer (Schaan), spürten, dass man in den Gemeinden mit dem Landtagsentscheid gar nicht glücklich war. Sie ergriffen das Referendum. Das heisst, die Gemeinden greifen korrigierend in die Landespolitik ein.

So ist sie, unsere Direkte Demokratie. Wenn's uns wichtig ist, verlassen wir uns nicht auf die Landtagsabgeordneten, sondern entscheiden selber.

Pio Schurti

1. Ökologisch gesehen einfach birraweich!



Abg. Johannes Kaiser

Ich würde gerne **NEIN** sagen wegen der abschliessenden Sparmassnahmen, die bei vielen Menschen in unserem Land Spuren hinterlassen haben und immer noch nachhallen.

Ich würde gerne **NEIN** sagen, weil im sozialen Bereich Handlungsbedarf besteht, ...

Ich würde gerne **NEIN** sagen, weil es für Liechtenstein abenteuerlich anmutet im Zentrum von Vaduz Schnee zu produzieren.

Ich würde auch gerne **NEIN** sagen, weil wir zuerst die Krankenkassenpämien stabilisieren und einfrieren sollten.

Ich würde auch gerne **NEIN** sagen, da wir Export-Weltmeister sind, das heisst, wir nehmen überall teil, wo andere solche Events, Sportstätten, Skipisten, Eishallen und so weiter erstellen und für Events bereithalten, aber nicht in Liechtenstein.

Ich würde gerne **NEIN** sagen, da wir mit einem **NEIN** kein Risiko eingehen. Mein erster Bauchreflex, den ich hatte, als ich von CHF 800'000 für diese Idee hörte, war bei mir auch ein **NEIN**.

Ich sage aber Ja.

Viele hatte gehofft oder darauf vertraut, dass der Landtag diesen ökologischen Unsinn sowieso abschmettern würde. Doch wer so dachte, hatte die Rechnung ohne Thomas Lageder, Johannes Kaiser und Eugen Nägele gemacht. Wer die Landtagsdebatte auch nur mit wenig Aufmerksamkeit verfolgte, bekam die Wendungen und Drehungen des Johannes Kaiser mit. Er brachte zuhauf Gründe vor, die eigentlich gegen die Durchführung der Langlaufrennen sprechen – nur um am Schluss dann doch noch dem Kredit zuzustimmen. Könnte sein, dass er eine Möglichkeit sah, dass über ein Aufträglein von den CHF 800'000 wenigstens ein paar Rappen zu ihm rübergeschoben werden könnten?
Bei Eugen Nägele liegt die Sache ein wenig anders. Sein Schwager ist ein bekannter Sportvermarkter. Die Organisatoren versuchen ja schon jetzt, der Bevölkerung die geplanten Sportanlässe als erstklassige Marketing-Events zu verkaufen. Offensichtlich hat bei Eugen Nägele diese Vermarktungsargument Wirkung gehabt.
Am meisten staunte ich über den weissen Ökoguru Thomas Lageder. Er hätte am liebsten schon längst das Autofahren verboten und das ganze Land mit Schienen erschlossen, fand aber, dass der Transport von künstlich erzeugtem Schnee vom Steg nach Vaduz ökologisch gesehen besser sei, als die Rennsportler, Medienleute und Zuschauer in den Steg fahren zu lassen.
Wär' auf solche Sportgrossanlässe zu verzichten nicht am ökologischsten? Verstehe, wer will, dass man ökologische Grundsätze für Spiel und Spass einfach so über Bord werfen kann. Wie man's halt grad braucht.
Der Landtag stimmte mit 14 zu 11 der Vorlage zu. Das ist eher knapp. Nun stand für mich fest: Da ist das letzte Wort noch nicht gesprochen, dagegen wird das Referendum ergriffen.
Da der LSV als Veranstalter der Tour de Ski-Etappen in Liechtenstein hundertprozentige Schneesicherheit gewährleisten muss, soll im Steg 9500 Kubikmeter Schnee künstlich produziert und mit Muldenkippern nach Vaduz transportiert werden. Wir reden hier von ca. 380 Fahrten hinauf und 380 Fahrten hinunter, jeweils 11.5 km pro Fahrt. Das heisst insgesamt 760 Fahrten beziehungsweise 8740 km, die von schweren, schwer beladenen Lastwagen in wenigen Tagen zur Weihnachtszeit zwischen Steg und Vaduz zurückgelegt werden müssen.
Um die erforderliche Menge Schnee zu produzieren, werden ca. 4000 Kubikmeter Wasser aus dem Stausee entnommen, und das zu einer Zeit, da sowieso wenig Wasser fliesst. Anstatt Strom zu produzieren wird Strom verbraucht, um Schnee zu produzieren.
All das, damit in Vaduz eine 11,5 m breite, 0,5 m dicke und 1,3 km lange Piste präpariert werden kann. Diese Zahlen stimmen jedoch nur, wenn das Wetter mitspielt. In den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass gerade um die Jahreswende häufig mit Föhn zu rechnen ist. Sollte dem beim Jahreswechsel 2019/2020 und 2020/2021 wieder so sein, dann wird der Veranstalter zu allen Mittel greifen (müssen), um eine Piste hinzukriegen, die den Anforderungen eines Weltcup-Rennens genügt. Chemie ohne Ende, darauf kann man Gift nehmen.
Nach der Veranstaltung muss der verdreckte und mit Wachsrückständen durchsetzte Schnee mit ca. 380 Lastwagenfahrten entsorgt werden. Es wurde auch schon die Idee verbreitet, dass mit dem Schnee eine Schlittenpiste für die Schulkinder von Vaduz planiert werden könnte.
Auch aus ökologischer Sicht ist die Sinnhaftigkeit dieses Anlasses also äusserst fragwürdig. Einer aufwändigen und umweltbelastenden Wasserentnahme im Steg, der anschliessenden Schneeproduktion und dem Schneetransport nach Vaduz folgen nach dem Anlass die Entsorgung des mit toxischen Wachsrückständen angereicherten Kunstschnees.
Selbst bei den im März dieses Jahres im Steg durchgeführten Schweizer Meisterschaften im Langlauf stiessen die Veranstalter an ihre Grenzen. Auch für diesen Anlass wurde im Vorfeld wochenlang Kunstschnee hergestellt. Als dann die Rennen losgingen, war aufgrund eines Wärmeinbruchs von dem riesigen Kunstschneehaufen nur noch wenig übrig. Die Veranstaltung konnte nur noch mit Müh und Not durchgeführt werden und die anschliessenden Aufräumungsarbeiten waren alles andere als befriedigend.

Aus all diesen Gründen sind wir der Ansicht, dass ein solcher Anlass für das Land Liechtenstein als Austragungsort nicht geeignet ist.
Weltweit sind Bemühungen im Gange, die Folgen des Klimawandels mit ambitionierten Massnahmen, unter anderem mittels einer Reduktion des CO_2-Ausstosses, zu mildern. Leisten wir als Land Liechtenstein unseren Beitrag, indem wir uns gegen die Durchführung dieses Anlasses entscheiden, anstatt uns mit dem Kauf von CO_2-Zertifikaten wieder reinwaschen zu wollen.

Ökologisch betrachtet ist das Vorhaben einfach birraweich!! Wir hoffen, bei der Volksabstimmung gibt es eine klare und unmissverständliche Absage. (jq)

2. Die Kosten sind nicht im Sinne des Volkes

Der Landtag hat in seiner Sitzung vom 5. September 2018 mit 14 zu 11 Stimmen eher knapp einen Verpflichtungskredit über CHF 800'000.00 für die Durchführung von je eine Langlauf-Weltcup-Rennen in der Wintersaison 2019/2020 und in der Wintersaison 2020/2021 im Rahmen der «Tour de Ski» in Liechtenstein genehmigt. Ich teile die Meinung, dass dieser Landtagsentscheid nicht dem Volkswillen entspricht und habe daher zusammen mit den du-Gemeinderatskollegen Peter Laukas (Eschen) und Jack Quaderer (Schaan) ein Komitee gegründet und das Referendum ergriffen.
Es sind uns allen noch all die Sparrunden und Gebührenerhöhungen in Erinnerung. Als nun der LSV im Sommer mit der Idee eines City-Sprints der Langlauf-Weltelite in Vaduz vorstellig wird, scheint das Geldsäckel plötzlich wieder prallvoll. Dem Landtag wird vorgeschlagen, einen Kredit über CHF 800'000 zu sprechen. Es sollen innert zwei Jahren jeweils an Silvester oder Neujahr im Vaduzer Städtle zwei Langlauf-Weltcup-Rennen durchgeführt werden. Die Energiestadt Vaduz ist gewillt weitere CHF 200'000 an Unterstützung beizusteuern.
Wir haben das Referendum gegen den Finanzbeschluss des Landtags ergriffen. Etwas anderes ist ja auch nicht möglich: Das Referendum kann bekanntlich nur gegen Verpflichtungskredite ergriffen werden, die eine halbe Million Franken übersteigen.
Im November 2008 wurde anlässlich der Finanzplanung festgestellt, dass der liechtensteinische Landeshaushalt aus verschiedenen Gründen in Schieflage geraten war und dieser in den folgenden Jahren saniert werden musste. Es folgten drei Sparpakete mit einschneidenden Massnahmen für die Bevölkerung. So wurden unter anderem die Staatsbeiträge an die Kosten der obligatorischen Krankenpflege-versicherung sowie der AHV reduziert. Bei manchen Sparmassnahmen wurde um erstaunlich geringe Beträge gefeilscht: So ging es etwa beim Jahresbeitrag an die Caritas um einen Betrag von ein paar 10'000 Franken. Das Volk hat diese etliche Jahre dauernden Sparmassnahmen mitgetragen. Jetzt soll es auch die Möglichkeit haben, über diesen Kredit zu entscheiden. (ik)

3. Reputationsgewinn wiegt Kosten nicht auf

Es soll in Vaduz ein Megaevent geben und das gleich zweimal, nämlich am 31. Dezember 2019 und am 1. Januar 2020. Wenn's nach den Plänen des Liechtensteinischen Skiverbandes (LSV) geht, sollen sich die Superstars der Langlauf-Szene an diesen Terminen in Liechtenstein treffen und dem zahlreich – so die Hoffnung – im Städtle sich drängenden Publikum ihre Kraft und Ausdauer demonstrieren.
Dutzende Millionen von Fernsehzuschauern sollen angeblich diesen Event, eine Etappe im Rahmen der so genannten «Tour de Ski», am Bildschirm mitverfolgen.
Für Liechtenstein sei das eine einmalige Chance, wird argumentiert. Liechtenstein bekomme für den Preis von CHF 800'000 zwei grosse Events mit internationaler Ausstrahlung, erklärte etwa Marco Büchel in einem «Liewo»-Interview. Und weiter meinte er, Liechtenstein könne mit der Tour de Ski sein Image weiter verbessern und ein Zeichen setzen, so dass die Menschen, welche die Fernseh-Übertragung der Tour de Ski-Etappe in Vaduz sehen, sich sagen werden: «Da ist es schön, da wollen wir hin.»
Das ist doch Wunschdenken! Wer tatsächlich glaubt, nach der Austragung der Langlaufrennen im Städtle Vaduz würden mehr Touristen nach Liechtenstein kommen, glaubt wohl auch an das Christkind. Noch märchenhafter wirken die Argumente bezüglich Imagegewinn für unser Land, wie sie z.B. der Abgeordnete Johannes Kaiser im Landtag vertrat. Obwohl ihm nicht nur sein Kopf, sondern auch sein Bauch, wie er im Landtag bekannte, etliche Gründe aufgezählt hatten, warum er zum Verpflichtungskredit über CHF 800'000 nein sagen sollte, sagte er ja – allein weil er sich vom geplanten Sport-Event einen «ausstrahlungskräftigen Imagetransfer» erhofft. Eine Reputation würden wir nicht durch noch so grosse Anstrengungen wie z.B. mit der Weissgeldstrategie auf dem Finanzplatz erreichen, meinte Kaiser, Finanzskandale würden uns immer wieder zurückwerfen und würden den Staat letztlich wegen des Imageschadens, wegen Gerichtsgebühren usw. weit mehr kosten als 800'000 Franken. Man könne den Gewinn aus der Durchführung einer solchen internationalen Sportveranstaltung nicht in einer Zahl ausdrücken, erklärte Kaiser weiter; annähernd vielleicht, könnten dies höchstens Marketingspezialisten. Und mit der Behauptung, der Gewinn für unser Land werde weit höher sein als die Investition von CHF 800'000, glaubte er wohl nachvollziehbar erklären zu können, warum er dem Verpflichtungskredit schliesslich zustimmte.
Selbst wenn man glaubt, die Durchführung einer «Tour de Ski»-Etappe sei ein Gewinn für das Land, darf man sich nach den Ausführungen von Johannes Kaiser fragen, was für einen Wert denn so ein Imagegewinn hat? Wenn wir uns mit der Weissgeldstrategie oder anderen ehrlichen Bemühungen und solidem Geschäftsgebaren keinen guten Ruf erarbeiten können, warum sollten wir dann damit spekulieren, dass wir uns mit einem Sportevent eine gute Reputation erkaufen können? Diese Art der Reputation wär doch nichts als Schminke, fremde Federn, mit den wir uns schmücken wollen, nichts als schöner Schein, völlig pseudo.
Auch wenn das Argument stimmen würde, dass wir mit der Tour de Ski mehr Touristen in unser Land locken könnten - was bringt uns das? Haufenweise willkommene Gäste oder Horden von Selfies knipsenden Durchreisenden, die sich nicht einmal sicher die Zeit nehmen, in Vaduz etwas zu essen und zu trinken, geschweige denn unser Land kennenzulernen. Wie soll sich aber das Image unseres Landes weiter verbessern, wenn sich die Touristen nicht einmal die Zeit nehmen, das Land besser kennenzulernen?
Im Übrigen dürfte die Touristiker im Land eher interessieren, wie viel sie verdienen, als wie sich das Image des Landes verändert. Ganz konkret: Unser Land bekommt vielleicht einen nicht messbaren Reputationszuwachs, aber wer wird reale Gewinne verbuchen und z.B. die Werbe-Einnahmen kassieren oder nach der Tour de Ski von einem Anstieg der Besucherzahlen profitieren?
Betrachten wir doch auch noch die Kehrseite der Medaille, die Kehrseite des erhofften Gewinns. Der Steuerzahler soll die Durchführung dieses Events berappen. Das ist das eine. Dass hohe «Umweltkosten» anfallen werden, das wird gar nicht in Abrede gestellt; unserer Meinung nach wurden die «Umweltkosten» aber von den Reputations-Optimisten schöngeredet. Der Reputationszuwachs wird nicht einmal die Umweltkosten wettmachen können.
Kaum erwähnt wurden bisher die gesellschaftlichen Kosten. Auch die Bevölkerung wird einen Preis bezahlen. Ein Beispiel: Die beiden Events sollen beim Jahreswechsel 2019 und 2020 stattfinden. Das bedeutet, dass um die Weihnachtszeit im Steg Schneekanonen dröhnen werden und in der Woche zwischen Weihnachten und Neujahr die Lastwagen den Schnee in Städtle herunterkarren werden. Während wie vielen Tagen wird der «Normalverkehr» in Vaduz gar nicht möglich sein? Wie lange dauert es, bis die Piste rund ums Städtle fertig und nach dem Rennen wieder weggeräumt ist? Weihnachtlich-besinnlich wird die Zeit für die Vaduzer wohl nicht.

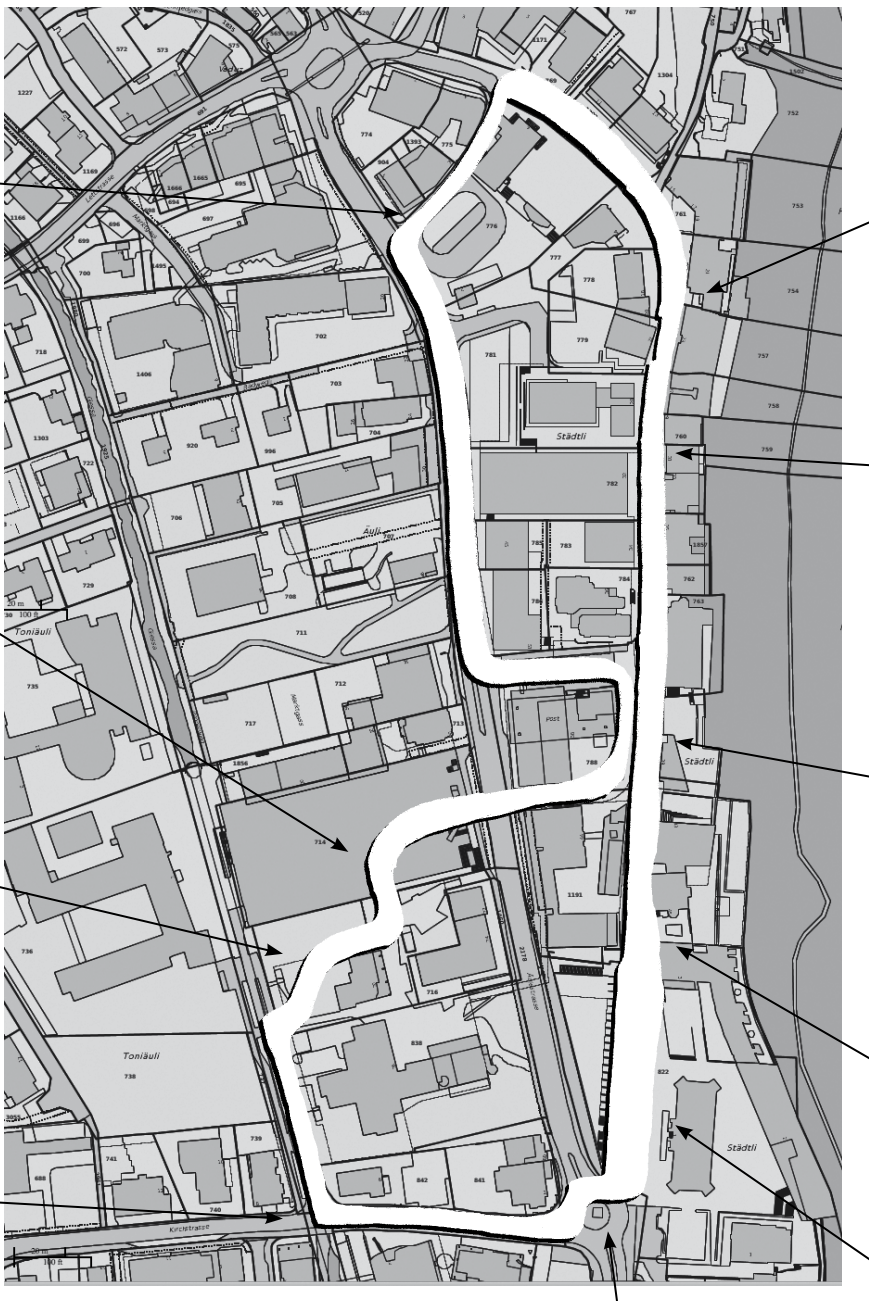
In der Summe stehen die Gesamtkosten, also die realen Kosten, die Umwelt- und gesellschaftlichen Kosten zusammen, in keinem Verhältnis zum erhofften Imagegewinn für unser Land. Das ist Grund genug, nein zu sagen zur Durchführung der Langlaufrennen im Städtle Vaduz. (pl)

«Tour de Ski vor's Volk!»

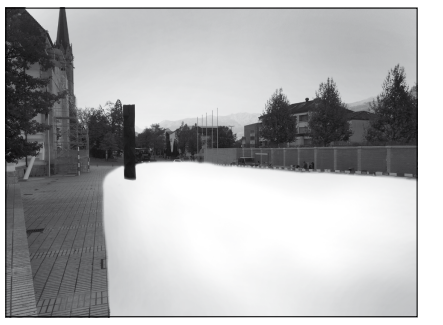
Oh du fröhliche...

(dröhnende Schneekanonen im Steg, brummende Lastwagen auf den Strassen, lärmige Grossbaustelle in Vaduz, Verkehrschaos)

... gnadenbringende Weihnachtszeit!



«...ätz sind si total verblödet...»



Umweltschutz in guter Gesellschaft

Die Liechtensteinische Gesellschaft für Umweltschutz (LGU) verhält sich auffallend ruhig in der Diskussion zum geplanten Tour de Ski-Anlass in Vaduz. Schützen Sie damit ihre politischen Spitzenexponenten Pepo Frick und Thomas Lageder, die sich inbrünstig für diesen Event aussprachen? Oder hat der LGU die Argumentation der beiden grünen Politiker zugunsten der Tour de Ski die Sprache verschlagen?

In einer Stellungnahme an den Landtag stellte die LGU die nebenstehenden Fragen, die eigentlich nur mit Nein und damit mit einer deutlichen Absage an die Tour de Ski beantwortet werden konnten.

Es wäre schön, wenn uns Pepo Frick und Thomas Lageder erklären könnten, wie sie als angeblich ökologisch angetriebene Politiker diese Fragen der Gesellschaft für Umweltschutz, deren Mitglieder sie sind und deren Anliegen sie zu vertreten vorgeben, mit Ja beantworten können? (hq)

«Ist es notwendig/nachhaltig...

...einem sensiblen Gewässer zur Niederwasserzeit so viel Wasser zu entnehmen?

...dieses Wasser mit Hilfe von Strom, der aus Gründen der Restwasserdotierung während dieser Zeit vermutlich nicht mehr vor Ort produziert werden kann, in Schnee umzuwandeln?

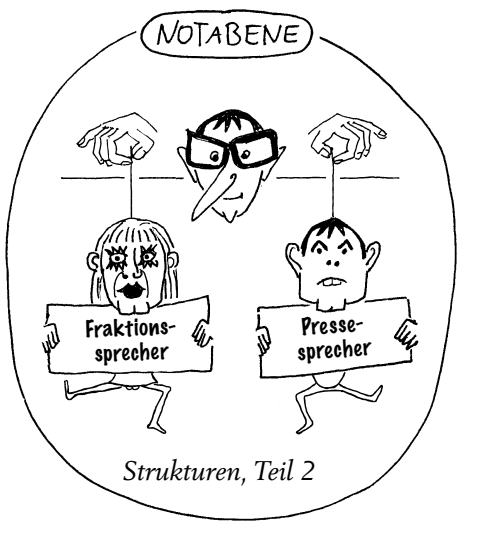
...den Schnee mit Lastwagen ins Tal zu transportieren und anschliessend wieder umweltverträglich zu entsorgen, denn der Schnee wird nach dem Rennen mit toxischen Fluor-Wachsen belastet sein?

...diese Etappen der Tour de Ski nach Vaduz zu holen und damit zusätzlichen Ressourcenverbrauch zu generieren, obwohl es im Alpenraum Austragungsorte gibt, die vor Ort entsprechend ausgerüstet sind und der Schnee sowieso produziert wird?»

FBP und VU: Garanten der Stabilität?

Fortsetzung von Seite 1

eigenen Reihen die rote Karte zu geben.
Kascht denka – so läuft das natürlich nicht bei uns. Das Postdebakel wird nicht sauber abgeschlossen, es hat letztlich für keinen der Verantwortlichen Konsequenzen. Die Koalitionsregierung beschliesst, keine rechtlichen Schritte einzuleiten. Stattdessen kündigt die FBP-Fraktion, also im Grunde einer der Koalitionspartner, eine Untersuchung der Entscheidung an, die zwar faktisch vom zuständigen Ressortinhaber, namentlich vom VU-Regierungsrat und Regierungschef-Stellvertreter Daniel Risch getroffen wurde, für die aber eigentlich die Koalitionsregierung als Ganzes die Verantwortung zu übernehmen hätte.
Die Koalition untersucht sich also selber. Mit andern Worten: Die Garanten garantieren sich gegenseitig nur eines, nämlich die Stabilität der für sie vorteilhaften Koalition nie ernsthaft in Frage zu stellen. Nur weiter so...



Strukturen, Teil 2

Schützen wir unser Land genügend vor Gefährdern?

von Ado Vogt

Mit einer Kleinen Anfrage bat ich das zuständige Ministerium um Auskunft, ob Liechtenstein durch das Schengen-Abkommen die Möglichkeit besitzt, etwa in Deutschland identifizierte Gefährder an der Einreise nach Liechtenstein zu hindern?
In einem Artikel in der Zeitung «Die Welt» war ausgeführt worden, dass, erstens, im Jahr 2017 mehr als 10‘000 Meldungen über mögliche Gefährder eingegangen waren und, zweitens, der Grossteil der abgelehnten Asylbewerber nicht abgeschoben werden kann. Wieso ist das für Liechtenstein relevant? Nach bereits 18 Monaten bekommen abgelehnte Asylanten eine Duldung zugesprochen. Damit können sie sich im Schengen-Raum frei bewegen.
In ihrer Antwort führte die zuständige Ministerin aus, dass der Informationsaustausch durch das Schengen-Abkommen gewährleistet ist. Gefährder werden im Schengener Informationssystem (SIS) ausgeschrieben. Die Einreise kann aber nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden. Wenn wir uns die schiere Anzahl an möglichen Gefährdern anschauen, so wird leicht verständlich, dass selbst eine kleine Prozentzahl an unerwünschten Personen die liechtensteinische Polizei vor ein grosses Problem stellen würde.
Grundsätzlich dürfen Schengen-Mitgliedsstaaten Ausnahmen beantragen, damit sie etwa unter speziellen Bedingungen Grenzkontrollen einführen können. Gemäss Antwort des Ministeriums beanspruchen aktuell doch eine recht grosse Anzahl Staaten solche Ausnahmeregelungen: Frankreich, Deutschland, Dänemark, Schweden, Norwegen und Österreich.

Und was machen Liechtenstein und die Schweiz? Schützen wir unsere Grenzen bzw. schützen wir unsere Länder genügend vor möglichen Gefährdern?

Ehrenwerte Herren: Schon wieder eine Folge in unserer Serie

von Jürgen Beck

Die so genannte ehrenwerte Gesellschaft, so ehrenwert scheint sie nicht zu sein, ansonsten hätte ich nicht Stoff genug, in jedem «hoi du» einen Artikel zu diesem Thema zu schreiben. Diesmal mache ich einen Abstecher in die Welt der Komplementärmedizin. Es geht auch hier um Vertrauen, das missbraucht wurde.
Dem Liechtensteiner Volksblatt vom 8. Oktober 2018 war zu entnehmen, dass das Amt für Volkswirtschaft ein Verfahren zum Entzug der Gewerbebewilligung eines Naturheilers eingeleitet haben soll. Dies nachdem der «Beobachter» und das «Volksblatt» den tragischen Fall einer Patientin journalistisch aufgearbeitet hatten.
Der Fall ist auch so unglaublich, weil der besagte Heiler, Rüdiger Wohlwend, wie das Landgericht schon im Jahre 2014 in einem nicht-öffentlichen Prozess zum Schluss gekommen sei, eine Patientin «unter Ausnützung seiner Stellung als behandelnder Naturheiler, sexuell missbraucht hat.»
Das Obergericht lehnte die Berufung des Verurteilten ab. Nach Ablauf der gesetzlichen Bewährungsfrist war Wohlwend seit November des vergangenen Jahres wieder in seiner Naturheilpraxis tätig.
Es ist abscheulich, wie und wie lange er das Vertrauen der Patientin missbraucht hat. 14 Jahre lang soll er die Abhängigkeit einer Frau ausgenutzt haben, die fest davon überzeugt war, dass sie geheilt werden könne. Besonders verwerflich ist, dass der angebliche Heiler offensichtlich die (seelische) Notsituation einer um zwei Jahrzehnte jüngeren Frau, die sich ihm hoffnungsvoll anvertraut hatte, zur persönlichen Befriedigung ausnutzte und so noch mehr Unheil über sie brachte. Erwiesenermassen, sonst hätte das Landgericht ihn wohl nicht verurteilt. Wohlwend wurde anscheinend im Rahmen einer Notfallsitzung auch aus dem Verband für Natürliches Heilen und Komplementärmedizin (LVNK) ausgeschlossen. Nur die zuständige Behörde, das Amt für Wirtschaft, liess sich ausgiebig Zeit, sich den Entzug der Gewerbebewilligung zu überlegen.
Liest man den Ehrenkodex des LVNK, wirkt das Verhalten des «Heilers» wie Hohn und Spott: «Ich stehe jedem Hilfesuchenden im Rahmen meiner Möglichkeiten bei…»

Super-Gau

Sehr geehrter Herr Mella,

Sie haben in einem Leserbrief moniert, DU wollen nur von ihrem Super-GAU ablenken und hätten darum das Referendum gegen die Tour de Ski ergriffen.
Dem muss ich entschieden widersprechen. Ich würde es als Wink mit dem Zaunpfahl bezeichnen, denn die hohe Politik scheint nicht anders einsehen zu wollen, dass viele Landesangehörige, – wie ich meine, die meisten – gar nicht damit einverstanden sind, dass für so etwas wie die Tour de Ski so viel Geld ausgegeben werden soll, während sie immer noch an den Sparmassnahmen der vergangenen Jahre zu nagen haben.
Als Super-GAU erwies sich viel mehr Ihre Anstellung als Leiter des Amtes für Personal und Organisation. Immerhin stürzte damals infolge Ihrer Anstellung die Regierung ab und es gab Neuwahlen.
Vielleicht nicht grad zu einem Super-GAU, aber doch zu einem GAU, nämlich für die Staatskasse, wurde dann Ihre frühe, allzu frühe Frühpensionierung mit fürstlichem Gehalt.

Schöne Grüsse, Jack Quaderer

Positiver Voranschlag der Regierung

von Jürgen Beck

In der LIEWO vom 7.10.18 habe ich folgende Antwort auf die Frage der Woche, «Weiter sparen oder investieren?» veröffentlicht:
«Ein Staat ist kein Unternehmen im üblichen Sinn, aber dennoch wird der Erfolg eines Regierungschefs meist in Franken gemessen. Deshalb freuen sich die meisten Regierungen über positive Erfolgsrechnungen und die politischen Mitbewerber finden meist ein Haar in der Suppe. Genauso vielfältig die Bewohner eines Landes sind, so vielfältig sind auch deren Bedürfnisse und Begehrlichkeiten. Um es auf den Punkt zu bringen: Die demokratisch gewählte Politik hat die Aufgabe die ihr anvertrauten Steuergelder so effizient wie möglich zu verwalten und gleichzeitig die Wünsche der Steuerzahler zu berücksichtigen. Das ist, um im unternehmerischen Jargon zu sprechen, die Kernkompetenz des Staates.
Um die Frage »sparen oder investieren» zu beantworten, muss die Politik aber viel weiter denken als nur bis zur eigenen Nasenspitze. Wir müssen uns darauf einigen, wo wir in einigen Jahren stehen wollen bzw. wie sich der Staat ausrichten soll. Wenn man das weiss, dann kann auch am richtigen Ort investiert werden. Dann lohnen sich Investitionen auch, sei es nun im sozialen Bereich oder in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Infrastruktur, (Verkehr!), etc.
Solange wir das nicht geklärt haben gilt die alte Weisheit: «Spare in der Zeit, so hast Du in der Not!»

Von JA- und NEIN-Sagern

von Harry Quaderer

Schön zu lesen, wie Bürgermeisterkandidat Frank Konrad sich mit einem JA eifrig für die Tour de Ski einsetzt. Kommt doch eher etwas unerwartet, da sich Frank Konrad in den Jahren als Gemeinderat in Vaduz doch immer wieder eher als Neinsager hervortat. Diesem Image hat er dagegen als Abgeordneter im Hohen Hause weit weniger nachgelebt.

Wie ist seine Zustimmung zur Austragung einer Etappe der Tour de Ski im Städtle Vaduz zu verstehen? Vielleicht sind dem Bürgermeisterkandidaten zu viele Bänkli ums Rathaus. Lieber wär‘s ihm, es würde dort ein Skizirkus gastieren.

Tatsächlich könnte man meinen, er sei der Ansicht ist, dass die Gemeinde Vaduz nicht mehr auf die Steuereinnahmen der Banken angewiesen ist. Frank Konrad hat es fertig gebracht, im letzten Landtag gegen die Abänderung des Bankengesetzes zu stimmen. Diese Anpassung war aber für die Banken von existentieller Bedeutung.

Dabei ist er seinem Fraktionssprecher, dem Vorsteherkandidaten aus Balzers, Günter Vogt gefolgt, der mit seinem NEIN zur Anpassung des Bankengesetzes einer Bank in Balzers seine Ehrerbietung bewies.

Vielleicht sollte das sportliche JA zur unnötigen Tour de Ski nur das peinliche NEIN zur notwendigen Anpassung des Bankengesetzes ausgleichen. So verstehen die beiden VU-Politiker das politische Geschäft: Scheissen wir den Banken auf die Kappe und kippen dafür einen Haufen Schnee ins Städtle.

Ehrenwerte Herren:
Was wäre eine angemessene Strafe?

von Jürgen Beck

«Wenn der Treuhänder in die Kasse greift» – so lautete die Überschrift über einem Artikel der Frankfurter Allgemeinen (FAZ) vom 30.08.2018.

Der Artikel befasst sich mit dem ehemaligen Vorsitzenden des Staatsgerichtshofs, Harry Gstöhl. Wir erinnern uns: Dieser wurde im November 2017 wegen Untreue, schweren Betrugs und Geldwäsche zu sechs Jahren Haft verurteilt.
Am 18. Oktober fand eine weitere Verhandlung statt und der ehemalige Präsident des Staatsgerichtshofs wurde zu zwei weiteren Jahren Haft verurteilt. Dem ehemaligen Treuhänder wurde Untreue in drei Fällen und Betrug in 16 Fällen, sowie Veruntreuung, Geldwäsche und ein Verstoss gegen das Waffengesetz vorgeworfen. Nach Einschätzung von Staatsanwalt Wallner, so berichtete die FAZ schon im August, soll der verursachte Vermögensschaden doppelt so hoch wie im ersten Fall gewesen sein: «In der neuen Anklageschrift gehen wir von einer weiteren Deliktsumme von rund 28,5 Millionen Franken aus. Dass die FAZ verständlicherweise zur Auffassung kommt, dass es sich bei diesem Fall um den grössten je in Liechtenstein verhandelten Betrugsfall handelt, dem kann ich leider nicht widersprechen.»
Der Journalist Johannes Ritter griff im gleichen FAZ Artikel den Fall Staggl auf. Er, Mario Staggl, soll über 20 Millionen Franken seiner Kunden veruntreut haben.
Es fällt schwer, dem Argument, dies seien systembedingte Vorfälle, nicht zu folgen. Zu verführerisch und zu einfach ist diese Einschätzung.
Auch wenn ich nicht der Meinung bin, dass wir die Finanzplatzskandale letztlich unserem «System» verdanken: Dem Ruf unseres Landes schaden solche Fälle alleweil. Meiner Meinung nach muss es uns einfach gelingen, die kriminelle Energie, die hinter solchen Finanzdelikten steckt, zu unterbinden. Dies lässt sich nicht alleine durch mehr Vorschriften und Gesetze erreichen. Die rechtschaffenen und auch «recht schaffenden» Finanzdienstleister bilden die Mehrheit, aber auch sie werden durch neue Reglementierungen immer mehr eingeschnürt, also unverdientermassen bestraft. Im Bemühen, kriminelle Energie zu unterbinden bzw. Finanzplatzdelikten mit immer neuen Gesetzen vorzubeugen, schwächen wir die Akzeptanz unserer Strafgesetzgebung. Es kann nicht sein, dass sich wegen allzu «scharfer» Gesetzgebung rechtschaffene Finanzdienstleister ständig so fühlen, als stünden sie mit einem Bein bereits im Kittchen, und wirklich Kriminelle sich kaum einschüchtern oder vor Untaten abschrecken lassen.
Kriminelle, die das Vertrauen ihrer Kunden missbrauchen, müssen wissen, dass die Liechtensteiner solches Tun stark verurteilen. Wenn die Schuld erwiesen ist, muss das Strafmass entsprechend hoch ausfallen.
Der Schaden, der dem liechtensteinischen Volk zugefügt wurde, muss auch «moralisch» abgegolten werden. Nicht umsonst, denke ich, werden in unseren Gerichten Urteile «im Namen von Fürst und Volk» gefällt. Als Volk dürfen wir also auch Strafen fordern, die erwiesene Übeltäter bestrafen, ohne einen ganzen Berufsstand, die Finanzdienstleister, mit einer ungerechtfertigten «Schuldvermutung» zu brandmarken.

du
die Unabhängigen – für Liechtenstein

Personalwechsel beim LED: Sind 100% Fluktuation kein Problem?

Fortsetzung von Seite 1

Geld nach eigener Auswertung auf verschiedene Projekte in den von ihm gewählten Schwerpunktländern. Zu keinem Zeitpunkt stellte je ein Land, etwa Zimbabwe, einen Kreditantrag direkt an den Landtag, geschweige denn an das Land.
Kommen wir aber zurück auf die inhaltliche Diskussion. Gemäss Antwort auf meine kleine Anfrage ergeben sich keine substantiellen Folgen, wenn von drei langjährigen Projektverantwortlichen (17 Jahre, 13 Jahre und 7 Jahre beim LED) alle drei per Ende 2018 den LED verlassen. Ich wollte schlicht und einfach wissen, ob dieser Umstand im Hinblick auf Kosten, Wissensverlust und Einarbeitung zu erhöhten Kosten führt. Ausser den Rekrutierungskosten sei dem nicht der Fall.
Ich bin mir sicher, dass jeder Betrieb, dem bis auf den Geschäftsführer und die Buchhaltung alle leitenden Mitarbeiter abhandenkommen, in eine tiefe Krise stürzen würde. Dass die gleichzeitige Auswechslung aller drei Projektverantwortlichen ein natürlicher und geplanter Vorgang sein soll, kann ich persönlich nicht nachvollziehen. Schliesslich wurde der LED bei jeder sich bietenden Gelegenheit von allen Fraktionen für die hervorragende Arbeit gelobt. Man darf also gespannt sein, wie sich die Angelegenheit weiter entwickelt.

Impressum

«hoi du», Zeitung des Vereins
«du – die Unabhängigen»

Redaktion: Pio Schurti
Adresse: du – die Unabhängigen
Landstrasse 60
Postfach 442
9490 Vaduz
www.du4.li, info@du4.li

Auflage: 19’850 Exemplare